

und Mißbräuchen erlassen worden, in Folge dessen auch die Einziehung von einigen Konzessionen stattgefunden haben.

In den Muster- und Markenschutz-Angelegenheiten ist in letzterer Zeit ein bemerkenswerther Stillstand eingetreten. In dem abgelaufenen Jahre sind 32 verkäufliche Gewerbe, worunter 12 Kammerhändler, 4 zeßionarische und 16 eigentliche verkäufliche Gewerbe begriffen sind, von der hohen Staatsverwaltung mit dem Gesamtbetrage von 36.344 fl. 43 kr. ö. W. eingelöst worden. Der Stand der verkäuflichen Gewerbe hat sich mit Ende Dezember 1863 auf 493 gestellt.

III. S e k t i o n.

Kultus und Unterricht.

Es war während der ganzen 3jährigen Periode des gegenwärtig bestehenden Gemeinderathes stets sein eifrigstes Bestreben, auf die Verbesserung des Volksschulwesens, so weit dieß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in seinem Wirkungskreise gelegen war, nach Kräften hinzuwirken, und auch in diesem Zweige seiner Thätigkeit die Autonomie der Gemeinde möglichst zu wahren. Ich kann nicht umhin, hier die unermüdliche Thätigkeit der Schulsektion zu erwähnen, mit welcher sich dieselbe der schwierigen und mühevollen Aufgabe, für die Volksbildung Sorge zu tragen, entledigte, und die wichtigsten Fragen in dieser Richtung in gründliche Erörterung zog.

Ich habe schon in meinem vorjährigen Berichte darauf hingewiesen, daß der Gemeinderath die Reorganisation des Volksschulwesens als eine dringende Nothwendigkeit erkannte und deßhalb an den hohen Reichsrath eine Petition überreichte. Allein nicht zufrieden damit, erschien es dem Gemeinderathe von höchster Wichtigkeit, auch in dieser Richtung bei dem hohen nied. österr. Landtag noch während der Dauer seiner vorjährigen

Session zu petitioniren, als demselben bereits ein Gesetzentwurf in Betreff des Schulpatronates von Seite der hohen Staatsbehörde vorgelegt worden war, um für die Gemeinde jene Rechte zu erlangen, und um ihr auf die Besetzung der von ihr besoldeten Lehrerstellen jenen Einfluß zu wahren, welchen sie mit Recht in Anspruch nehmen kann.

Was zur Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer an den Volksschulen nur immerhin möglich und zur Beschaffung der Lehrmittel nothwendig erscheint, hat die Kommune stets mit Bereitwilligkeit geleistet.

Es wurde auch ein Entwurf zur Regulirung der Lehrergehälter und zur Verbesserung der Stellung der Lehrer an den Kommunal-Volksschulen, welcher von einer eigens dazu bestellten Kommission des Gemeinderathes vorgelegt worden war, genehmigt, jedoch beschlossen, diese Reformen erst dann in Wirksamkeit treten zu lassen, wenn der Kommune für sämtliche Lehrerstellen an den Kommunal-Volksschulen auch das volle Präsentationsrecht zugestanden wird, so daß der von ihr aus sämtlichen Kompetenten gewählte und präsentirte Kandidat, wenn er mit allen gesetzlichen Erfordernissen versehen ist, ohne Anstand das Anstellungs-Dekret erhält, etwa obwaltende gesetzliche Bedenken hingegen von der kompetenten Behörde dem Gemeinderathe zur Vorlegung einer neuen Präsentation bekannt zu geben sind.

Der Landtag hat ein Gesetz über die Konkurrenz-Pflicht der Gemeinden zu den Schulauslagen und auch über das Schul-Patronat beraten, und in diesem Gesetze ist auch der Stadt Wien das Recht zur Besetzung der Ober- und Unterlehrerstellen, ohne an einen von dem hochwürdigen Konsistorium zu machenden Terna-Vorschlag gebunden zu sein, ertheilt worden; die allerhöchste Sanktion dieses Schul-Konkurrenz- und Schul-Patronats-Gesetzes ist jedoch bisher noch nicht erfolgt.

Mittlerweile erhielten die Lehrer, wie schon im Jahre 1862, entsprechende Cheuerungsbeiträge, welche die Summe von beinahe 21.000 fl. erreichten. Nicht minder wurden den Lehrern für die Ertheilung des

Wiederholungs-Unterrichtes ergiebige Remunerationen ertheilt, nicht zu gedenken der namhaften Aushilfsbeträge, welche den Lehrern im Falle von Erkrankungen ertheilt worden waren.

Nicht unerwähnt können hier gelassen werden die im Schoße des Gemeinderathes gepflogenen Verhandlungen über die mehrseitig gestellten Anträge wegen Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen.

Der Gemeinderath hat diese Frage nach allen Seiten hin reiflich beraten, alle Rücksichten, welche für die Aufhebung des Schulgeldes sprechen, gehörig erwogen und die humanitäre Seite, welche zur Begründung dieses Antrages in den Vordergrund zu treten scheint, möglichst gewürdigt; andererseits aber auch wieder in Betracht gezogen, daß durch die Aufhebung des Schulgeldes, durch welches die Kommune eine jährliche Einnahme von circa 100,000 fl. erzielt, im Entgegenhalte mit den sich in runder Summe auf 300.000 fl. stellenden Auslagen für die Erhaltung der Volksschulen einen so bedeutenden Entgang an den jährlichen Einnahmen erleiden würde, daß nothwendig in anderer Weise Mittel zur Deckung dieses Ausfalles geschaffen werden müßten, was nur durch eine Umlage geschehen könnte.

In Anbetracht dieses Umstandes fand sich daher der Gemeinderath bestimmt zu beschließen, in eine Aufhebung des Schulgeldes für dormalen nicht einzugehen, dafür aber die Befreiung vom Schulgelde für die Mittellosen auf eine möglichst schonende Weise einzuleiten und durchzuführen.

Insbefondere war der Gemeinderath und vor allem die Section für Unterricht und Cultus mit der angestrengtesten Thätigkeit bemüht, dem Mangel an entsprechenden Räumlichkeiten für die Unterbringung der Volksschulen abzuhelpen, und werden in dieser Beziehung keine Opfer gescheut, um einen möglichst entsprechenden Zustand herbeizuführen. Es wurden nicht nur bestehende Schulen vergrößert und die Lehrzimmer erweitert und verbessert, sondern auch Häuser und Realitäten angekauft,

um dieselben zu Schulzwecken einzurichten oder dafelbst neue Schulen zu erbauen.

So wurde die Schule in der Mariannagasse Nr. 10 am Alsergrund durch Zumiethung neuer Lokalitäten vergrößert und gegen einen Miethzins von 1400 fl. ein Kontrakt auf 10 Jahre abgeschlossen.

Ferner wurde das am Hundsturm Nr. 156 bestehende Schulhaus durch Aufsetzung eines zweiten Stockwerkes um den veranschlagten Kostenbetrag von circa 13.500 fl. genehmigt.

Ebenso wurde in der Schrey'schen Stiftungsschule in der unteren Augartenstraße in der Leopoldstadt eine Vermehrung der Lehrzimmer dadurch erreicht, daß aus der Oberlehrerswohnung auf Kosten der Kommune zwei Lehrzimmer hergestellt, dagegen für den Oberlehrer eine in dem Zinshause links vom Hauseingange gelegene Wohnung um den Miethzins von 300 fl. sammt Nebengebühren gemiethet wurde.

Nachdem die vor der Favoriten-Linie eröffnete neue Schule in Folge des großen Andranges sich als nicht mehr genügend herausstellte, wurde die Zumiethung eines fünften Schulzimmers zur Unterbringung einer Parallel-Klasse für die erste Klasse genehmiget.

Der ungenügende Zustand des Schullokales in der Brigittenau gab die Veranlassung, in dem Garten des Schulhauses einen Doppeltrakt um den präliminirten Betrag von circa 52.000 fl. zu erbauen, in welchen den Anforderungen für die dortige Gegend genügend Rechnung getragen worden sein dürfte.

Im VI. Bezirke hatte sich das dringende Bedürfniß herausgestellt, sowohl für eine Volksschule, als auch zur Unterbringung der Gumpendorfer Realschule ein passendes Lokale auszumitteln, und wurde zu diesem Zwecke eine eigene Kommission aus der Schul-, Bau- und Finanz-Sektion gebildet. Obwohl nun diese Kommission mit der unermüdblichsten Thätigkeit ihrer Aufgabe zu entsprechen suchte, so scheiterte doch ihr Eifer an der Schwierigkeit, Ob-

jetzte zu finden, welche sowohl hinsichtlich ihrer Lage, ihres Raumes, als ihres Preises sich für obigen Zweck anempfehlen ließen, da im ganzen Bezirke fast keine Baustelle mehr zu finden war, und Grund und Boden daselbst einen bedeutenden Werth haben. Endlich ist es der Kommission gelungen, in dem ihr zum Kaufe angebotenen Hause Nr. 66 in der Marchettigasse in Gumpendorf ein Objekt zu finden, welches zum Bau einer Realschule ganz geeignet erscheint, indem dieser Platz hinlänglich Raum für eine vollständige Realschule bietet, und der noch erübrigende Garten vielleicht später auf andere Weise für die Bezirks-Interessen benützt werden kann. Diese Realität mißt einen Flächenraum von 1181 Quadratklastern und wurde um den Preis von circa 52.000 fl. angekauft.

So wurde auch von den sogenannten David'schen Gründen zwischen der Himbergerstraße und der Lagenburger-Allee ein Grund-Komplex von 4740 Quadratklastern zur Erbauung einer Schule daselbst um den Kaufschilling von 48.800 fl. erworben.

Auch im III. Bezirke stellte sich die Erwerbung von Realitäten zum Zwecke der Erbauung von Schulklokalen als dringend nothwendig dar, und wurde zu diesem Ende die auf der Landstraße Hauptstraße gelegene Realität Nr. 120 (alt) in einem Gesamtflächenmaße von 1342 Quadratklastern um den Kaufschilling von 120.000 fl. zur Erbauung einer Doppelschule daselbst erworben.

Die immer weiter sich ausdehnenden Ansiedlungen in Zwischenbrücken machten die Errichtung einer Schule daselbst höchst wünschenswerth. Es wurde wegen Ueberlassung einer Grundparzelle im Ausmaße von beiläufig 700 Quadratklastern mit dem Stifte Klosterneuburg als Grundeigenthümer in Unterhandlung getreten, welches die zu obigem Zweck als entsprechend erkannte Grundfläche der Kommune um den Preis von 8 fl. pr. Quadratklaster überließ, gegen dem, daß der zwischen der angenommenen Distanz des künftigen Schulhauses von der Lerarialstraße liegende und 144 Quadratklaster messende Vorplatz um den Preis von 6 fl. pr. Klastern gleichfalls angekauft werde.

Auf das ebenerdige Geschoß im Gartentraкте des Bezirks-Gemeindehauses am Neubau ist ein zweites Stockwerk aufgesetzt worden und wird zu Georgi 1864 die Mädchenschule aus der Neubaugasse dahin verlegt werden.

Das Haus Nr. 49 in der Zieglergasse am Neubau wurde in eine vollständige Doppelschule umgebaut und wird dahin die Schule aus dem Hause Nr. 60 Schottenfeldgasse im laufenden Jahre übertragen werden.

Für den bereits im Jahre 1862 beschlossenen Bau einer Doppelschule auf der städtischen Realität Nr. 24 in der Preßgasse im IV. Bezirke Wieden wurde der Bauplan genehmiget und werden sich nach dem Ergebnisse der für diesen Schulhausbau eingeleiteten Offert-Verhandlung die Kosten auf zirka 80.000 fl. beziffern.

Außerdem sind noch Verhandlungen wegen Erbauung neuer Schulhäuser auf der Laingrube, am Neubau und in der Währingerstraße eingeleitet worden.

Das vom Gemeinderath dem hohen Staats-Ministerium überreichte Einschreiten um unentgeltliche Ueberlassung von Baustellen auf Stadterweiterungsgründen zur Erbauung von Schulhäusern hatte leider bisher nicht den gewünschten Erfolg. Es werden jedoch neuerliche Schritte gemacht, um diese Frage zu einem für die Kommune günstigen Resultate zu bringen.

Die im Hause Nr. 5 Loudongasse im VIII. Bezirke neu erbaute Knabenschule wurde im abgelaufenen Jahre in Benützung genommen.

Der mangelhafte Zustand der in dem Alumnats-Gebäude untergebrachten Pfarr-Hauptschule zu St. Stefan erheischt eine dringende Abhilfe und sind deshalb Unterhandlungen eingeleitet worden, welche aber bisher noch nicht zum Resultate geführt haben. Aus demselben Grunde sind auch wegen anderweitiger Unterbringung der Schule im Heiligen Kreuzerhofe Verhandlungen im Zuge.

Von den durch die Fürsorge der Kommune beigeſchafften Lehrmitteln für den Anſchauungs-Unterricht wurden namentlich Rechenmaſchinen, Plani-globien und Landkarten in einem den Bedürfniffen der Schulen entſprechenden Maße vertheilt, und zu dieſem Behuſe für die dringendſten derlei Anſchaffungen ein Koſten-Erforderniß von 5000 fl. genehmigt.

Die Dotazion für Schul-Prämien wurde bedeutend erhöht, von einer Kommiſſion des Gemeinderathes entſprechende Bücher ausgewählt und nach Bedarf an die Schulen vertheilt.

Die Einführung des Turnunterrichtes ſtellte ſich nach den gemachten Erfahrungen auch bei den Volkſchulen immer mehr als wünſchenswerth heraus und wurde derſelbe an mehreren Schulen neu eingeführt. So an der Schule am Breitenfeld, in der Stiftgaſſe in St. Ulrich und in der Realschule in der Roſau.

Außerdem hat der Gemeinderath beſchloſſen, einen zweiten Lehrkurs im Turnen für 20 Volkſchullehrer zu beginnen, nachdem der im Vorjahre eingeführte Turn-Präparandenkurs für Volkſchullehrer von dem beſten Erfolge begleitet war.

Bei den Kommunal-Realschulen ergaben ſich während des abgelaufenen Jahres keine erheblichen Veränderungen.

Die Unterrealschule in Gumpendorf verlor durch den Tod den Lehrer Auguſt Schmitt, wodurch die Lehrkanzel für Phyſik und deutſche Sprache in Erledigung kam.

An der Realschule in der Roſau trat in der Perſon des Katecheten eine Aenderung ein, da an die Stelle des Herrn Dr. Dworzak der Kurat-benefiziat Herr Karl Dörfler proviſoriſch angeſtellt wurde.

Die übrigen vorgekommenen Perſonalveränderungen betreffen nur die Nebenlehrer und Supplenten.

Die Kommune bewilligte die Ausdehnung der für Staats-Reallehrer normirten Versetzung in den Ruhestand mit dem vollen Gehalte schon nach dreißig entsprechenden Dienstjahren auch auf die Lehrer der Kommunal-Realschullehrer, und bewies dadurch neuerlich ihre besondere Fürsorge für die Verbesserung der Stellung des Lehrpersonales.

An der Kommunal-Oberrealschule auf der Wieden wurde der Unterricht der englischen Sprache eingeführt.

Der Andrang der Schüler an dieser Realschule machte die Beibehaltung einer Parallel-Abtheilung der ersten Klasse auch für das Schuljahr 1863 nothwendig.

Dem Lehrkörper der Wiedner Ober-Realschule ist zur Einführung eines gewerblichen Abendunterrichtes für Gesellen, Werkführer und Meister die Benützung der dortigen Schullokalitäten und Lehrmitteln, so wie die nöthige Beheizung und Beleuchtung auf Kommunal-Kosten bewilliget worden.

Die Auslagen für die Schulen stellten sich im Jahre 1863 auf die bedeutende Summe von 360.499 fl. 88 $\frac{1}{2}$ fr., wovon auf die Volksschulen 285.352 fl. 17 $\frac{1}{2}$ fr., auf die Mittelschulen 73.590 fl. 25 fr., auf die Turnschulen 1557 fl. 46 fr. entfielen; außerdem wurde noch für Schulbauten in dem abgelaufenen Jahre ein außerordentliches Erforderniß von 54.515 fl. 51 fr. in Anspruch genommen.

Um einen dauernden innigeren Verkehr der österreichischen Lehrer mit denen des übrigen Deutschland's zu erhalten, wurden, so wie in dem vorausgegangenen Jahre, zu der am 26., 27. und 28. Mai 1863 stattgehabten Lehrerversammlung zu Mannheim ein Ober-Lehrer und zwei Lehrer auf Kosten der Kommune entsendet, welche zugleich den Auftrag erhielten, den rheinischen Schulen in der Gegend von Mannheim, und vorzugsweise den württemberg'schen und bairischen Volksschulen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen.